

---

Hans-Jürgen Arlt

## Politik 2000 folgende

Mutmaßungen über Herkunft und Zukunft

---



*Dr. Hans-Jürgen Arlt, geb. 1948 in Hochstadt/Oberfranken, Studium der Politikwissenschaft in München und Erlangen, ist Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Information, Kommunikation beim DGB-Bundesvorstand und Geschäftsführer der „einblick“-Verlags GmbH.*

---

*Auch die Spannung zwischen Theorie und Praxis gehört zur Politik. Wo, wie in Frankreich, Politiker sich mit Soziologen streiten, lebt diese Spannung. Sie sackt in sich zusammen, wo, wie in Deutschland, die Regierenden manchmal stolz darauf sind, dass sie sich mit Theorien nicht befassen, und die Theoretiker immer wieder erkennen lassen, dass sie von der Praxis keine Ahnung haben.*  
Erhard Eppler

Heiß oder kalt, gut oder böse, Sieg oder Niederlage – unsere Wahrnehmungsmuster sind offenbar binär codiert, auch unsere politischen. Rechts oder links, Kapitalismus oder Sozialismus so haben wir die Welt hundert und mehr Jahre lang eingeteilt. Heute sehen der himmelhochjauchzende kapitalistische Fanklub und der zutodebetäubte Hinterbliebenensozialismus einen Zustand der Alternativlosigkeit erreicht: Global Capitalism.

Die Politik der Neuen Mitte verspricht, sich dem Rechts-Links-Schema zu entziehen und die Schlussfolgerung einer eingleisigen gesellschaftlichen Entwicklung zu vermeiden. Sie sieht sich auf einem dritten Weg jenseits von rechts und links; freilich ohne bislang ihren Weg oder gar das gemeinte Dritte über eine kleine Giddens-Gemeinde hinaus öffentlich verständlich machen zu können.

Der Anspruch, weder rechts noch links zu sein, wurde in der neuzeitlichen politischen Geschichte immer wieder erhoben, im Westen meist, um tendenziell rechten Praktiken ein unabhängiges Aussehen zu verleihen, im Osten, um Äquidistanz zwischen der kommunistischen Unterwerfung und der kapitalistischen Verführung zu schaffen.

### **Hat die Neue Mitte eine Chance zwischen neoliberal und altlinks ?**

Ohne ein eigenständiges programmatisches und praktisches Profil jedenfalls nicht. Solange sie ein substanzloser, floskelhafter Anspruch bleibt, wird sie von ihren Gegnern definiert

werden: Modernistisches Outfit, aber in der Wolle rot gefärbt, so entlarven sie die Liberal-Konservativen; soziale Tarnkappe, aber im Kern neoliberal, so verurteilen sie die Traditionslinken. Die rot-grüne Regierungspolitik, die so schlecht nicht war noch ist, hat sich in der öffentlichen Meinung nicht als Politik der Neuen Mitte etabliert, sondern zerfleddern lassen im Deutungskampf ihrer politischen Gegner.

Schon semantisch wird, wer auf dritten Wegen wandelt, Fragen nach seinem Verhältnis zum ersten und zweiten Weg ausgesetzt sein, und wer sich als „mittig“ bezeichnet, wird sich immer auf seine Distanz zu der einen und zu der anderen Seite hin betrachten lassen müssen. Erst eine neue Politik, die sich selbst definiert und damit unumgebar positioniert hat, kann zu einem politischen Pol werden, der noch seinen Gegenpol konturiert und festlegt. Als Zwischen-Lösung wird die rot-grüne Regierung ein Intermezzo bleiben. Nein, mit einer Politik der neuen Mitte, die nicht mehr sein will als eine Alternative zur alten Mitte lassen sich die Jahre 2000ff. nicht erfolgreich regieren. Auf Dauer wird Schröder nur gebraucht, wenn er nicht der neue, andere, bessere Kohl sein, sondern für Neues, Anderes, Besseres stehen will. Aber Rot-Grün, so diagnostiziert Gunter Hofmann, sucht noch immer nach einem Text, „der einige Klarheit darüber verrät, wie der Ist-Zustand eingeschätzt wird und welche Ziele sich daraus ableiten. Am Ende läuft es immer auf eine Klärung dessen hinaus, wovon sich die Politik (und wir) verabschieden muss und worauf sie sich neu einzustellen hat.“<sup>1</sup>

Als die Konservativen "Weiter so" plakatierten, haben sich ihre Kritiker darüber lustig gemacht. Gleichzeitig jedoch blieben sie den Beweis schuldig, dass sie auf ihre Weise nicht auch so weiter machen. Wann und wo haben sich sozialdemokratische und gewerkschaftliche Politik von Altem verabschiedet und auf Neues eingestellt? "Revolutionäres Gerede ohne eine revolutionäre Situation hat etwas Läppisches" (Ralf Dahrendorf) - die Litanei altbekannter Texte in neuer Lage auch.

Dass die Sozialwissenschaft die fertigen Texte oder gar die treffsicheren Begriffe bereit hielte, die die gesellschaftlichen Veränderungen beschreibend und analysierend erklären könnten, bildet sich noch nicht einmal die Wissenschaft selbst ein. Niklas Luhmann mokierte sich über den „intellektuellen Schrotthandel, der sich um ein Recycling von Ideen bemüht und seine Bedarfsartikel nur noch durch die Firmennamen „Neo“ und „Post“ unterscheidet.“<sup>2</sup>

*Arme Politik.* Wie regierbar ist eine Gesellschaft, von der man/frau wenig mehr als den Eindruck hat, dass sie „schlicht und einfach eine andere Gesellschaft“ (Ulrich Beck) wird?

*Politische Armut.* Wie viel Ignoranz und Veränderungsfeigheit darf man/frau sich leisten angesichts eines (r)evolutionären Alltags, der kaum eine Denk-, Rede-, Verhaltens- oder Handlungsweise - mindestens aber: keine ihrer Bedeutungen - auch nur eine Generation überdauern lässt?

Wie muss man heute Politik machen, um morgen regierungsfähig zu sein, wenn Nicht- und Wechselwähler entscheiden? Wo könnten künftige Unterscheidungslinien laufen im politischen Spektrum der Bundesrepublik, nachdem sich die alten Muster in Auflösung befinden? Wie viel konturierende und profilierende Kraft haben die heutigen Parteigrenzen, wenn die Zukunft der Parteien selbst mehr als fraglich ist? Wie viel Bindungs-, Mobilisierungs- und Kampfpotenzial besitzen die bekannten politischen Organisationen, nachdem Mitgliedschaft nur noch bei Versicherungen und Sportvereinen attraktiv zu sein scheint?

---

1 Die Zeit Nr. 47 v. 18. 11. 99, S. 5.

2 Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt / M. 1997, S. 1096

Wohin könnten Spekulationen führen, die versuchen, Herkunft und Zukunft einer Politik zusammenzudenken, die im weitesten Sinne als emanzipatorisch zu bezeichnen wäre? Was könnten Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Grüne miteinander anfangen, wenn sie aufhörten, sich wechselseitig die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, dass sie so wenig miteinander anzufangen wissen?

Was hätten Antworten zu bedenken? Auf die politischste aller Fragen, die Frage danach, *wie wir leben wollen*, hat die moderne Gesellschaft eine Antwort im Grundsatz gegeben, auf der jede weitere aufzubauen hat: als Freie und Gleiche. Mit Ausnahme der faschistischen Barbarei hat sich alle moderne Politik den Ideen der Freiheit und Gleichheit als Ausgangs- und Zielpunkt verpflichtet.

Man kann diese Ideen als Leitwerte unter Fortschrittsperspektiven sehen und normativ gegen die Realitäten wenden, die ihnen (noch) nicht genügen. Im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen heißen sie dann Befreiung und Gerechtigkeit, dienen als Wortwaffen der Anklage, bieten aber keine Gewähr dafür, dass ihr organisierter Einsatz frei wäre von Unterdrückung und Ungerechtigkeiten.

Man kann diese Ideen auch konservieren, indem man eine Übersetzung mitliefert, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Treiben beschreibend und rechtfertigend begleitet. Freiheit heißt dann Recht des Stärkeren, Gleichheit so viel wie Leistungskonkurrenz.

Sobald von solchen politisch-weltanschaulichen Sichtweisen abgesehen und eine analytisch-abstrakte Perspektive eingenommen wird, lässt sich unschwer die Einsicht nachvollziehen, dass der Markt, soll er funktionieren, der Freien und Gleichen bedarf. Gegen den Umkehrschluss, dass Freiheit und Gleichheit ohne Markt unmöglich sind, dürfen zumindest Zweifel angemeldet werden. Später taucht die weitere These auf, dass mit der Herausbildung funktional differenzierter Gesellschaften formale Regeln der Freiheit und Gleichheit reproduktionsnotwendig werden: Die Einzelnen gehören nicht mehr zur Gesellschaft auf Grund des festen Platzes, den die jeweilige Familie einnimmt oder die Hierarchie zuweist. Mann, später auch Frau, wird individualisiert. Die gesellschaftliche Gestalt des modernen Menschen ist das freie und gleiche Individuum. "Die alte Gesellschaft hatte Inklusion durch Zuweisung fester Plätze an Familien oder Korporationen (und damit indirekt: an Personen) reguliert. Diese einfache Lösung muss im Übergang zu funktionaler Differenzierung aufgegeben werden, denn man kann Personen nicht auf die Funktionssysteme aufteilen. Stattdessen sucht und findet man neue Inklusionsprinzipien, die die Namen Freiheit und Gleichheit erhalten und die Form von Bürger- oder sogar Menschenrechten annehmen."<sup>3</sup>

Welche Perspektive auch gewählt wird, zu den durchgängigen Merkmalen von Modernisierungsprozessen Richtung Freiheit und Gleichheit gehört es, dass sie widersprüchlich beschrieben werden. Sie werden als Befreiung gefeiert und als Bindungsverlust beklagt, sie werden als Souveränitätsgewinn gelobt und als Verunsicherung kritisiert, sie werden als Privatisierung gekennzeichnet und zugleich als gesellschaftliche Vereinnahmung dargestellt. *Auf der einen Seite* sind alle Arten der Lebensführung der Individuen "hochgradig vergesellschaftet. D.h. sie können auch dann, wenn den Menschen selbst das Bild individueller Autonomie im Kopf herumgaukelt, nur in der Teilhabe und der Abhängigkeit von vielfältigen Institutionen geführt werden... Dies liegt wesentlich darin begründet, dass im Zugang zur Moderne alle Möglichkeiten und Voraussetzungen der Selbstversorgung zerschnitten werden... Jeder arbeitet also für etwas, mit dem er selbst, unter dem Gesichtspunkt der Subsistenzsicherung, gar nichts anfangen kann."<sup>4</sup> Und wenn er nicht mehr

3 Luhmann, Gesellschaft, S. 1075

4 Ulrich Beck, Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne, in: Ulrich Beck / Anthony Giddens, Reflexive Modernisierung, Frankfurt/M. 1996, S.19-112, S.91f.

arbeiten kann oder muss, ist er erst recht von der Arbeit anderer abhängig. *Auf der anderen Seite* ist für die Individuen sehr vieles selbst entscheidbar geworden. "Die als gestaltbar definierten Bereiche der Alltagswirklichkeit haben ungeahnte Dimensionen angenommen. Psyche, Beziehung, Familie, Biografie, Körper, all dies gilt zunehmend als machbar, reparierbar, revidierbar... Entscheidend ist, dass immer mehr Menschen ihre Existenz in einem umfassenden Sinn als gestaltbar ansehen. Damit eröffnen sie sich neue Möglichkeitsräume, die vorher durch kognitive Barrieren (Fatalismus, Schicksalsbegriff, Vorstellung der Gottgegebenheit) verschlossen waren."<sup>5</sup>

Dieses widersprüchliche Erleben, dass sowohl alles von ihnen selbst abhängt als auch dass sie von allem abhängig sind, dass sie nichts bewirken und zugleich alles auf sie selbst ankommt, bildet die Grunderfahrung moderner Individuen. Deshalb wird die fürsorgliche Belagerung, zu der die traditionelle linke Politik neigt, deshalb wird auch das Angebot einer freien Wildbahn zur Entfesselung der Kräfte, das alle Spielarten des Liberalismus favorisieren, heutigen Lebensverhältnissen nicht gerecht. Aus der Individualperspektive erwächst eine Anforderung an die Politik, mit der praktisch schwer umzugehen ist: Nimmt ihre Biografie einen erfolgreichen Verlauf, wollen die Individuen von der Politik wenig wissen; scheitern sie, wollen sie von der Politik alles haben.

Zugleich lässt sich beobachten, dass Politik - unabhängig davon, mit welchen Ansprüchen die einzelnen Parteien auftreten mögen - in der funktional differenzierten Gesellschaft ihren Status verändert. Politik ist nur noch in einem Restbereich verbliebener Symbolik die hoheitliche Instanz, die souverän über alle und alles sich erhebend die Geschicke der Nationen steuert. Ihre spezifische Funktion, gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen zu treffen, hebt sie zwar aus den anderen Teilbereichen heraus, überhöht sie aber nicht mehr wie einst Könige oder Pharaonen. Das Wirtschafts- und das Bildungssystem, das Gesundheits-, Rechts-, und Verkehrssystem, Kunst und Sport entwickeln ein Eigenleben, das sich gegen politische Intervention sperrt. Der kapitalistischen Wirtschaft war als erstem Bereich diese Art der Verselbstständigung gelungen, weshalb sie von Marx als einer eigenen Logik folgendes System beschrieben werden konnte.

Heute dominiert Entpolitisierung: Wann und wo immer in einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen reibungslose Abläufe zu verzeichnen sind, muss und soll sich kein politisches Interesse auf diese Bereiche richten. Wo überkommene politische Regulierung identifiziert wird, soll sie Spielregeln des Marktes weichen, wo Politik war, soll Ökonomie hin. Die achtziger und neunziger Jahre waren eine Ära der Demontage der Politik durch die Politik. Die Rationalität der Teile schafft das Glück des Ganzen - oder doch das ganze Unglück? Sobald jedenfalls Probleme auftauchen und die Akteure Störungen diagnostizieren, verbinden sie diese Diagnose mit - öffentlichen oder heimlichen - Interventionsappellen an die Adresse des Staates und der Parteien. Für den öffentlichen Teil spielen dabei die Massenmedien eine besondere Rolle. "Die Artikulation von Problemen und die Definition dieser Probleme als entscheidungsbedürftige Streitfragen wurden in der Agenda-Building- und Agenda-Setting-Forschung als die wichtigsten politischen Funktionen von Medien herausgearbeitet."<sup>6</sup> Politik unterliegt der Gefahr, sich im allseitigen Troubleshooting zu erschöpfen oder wegen

---

5 Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt a. M. / New York 1993, S.58.

6 Klaus von Beyme / Hartmut Weißler, *Politische Kommunikation als Entschädigungskommunikation*, in: Otfried Jarren / Ulrich Sarcinelli / Ulrich Saxer (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen / Wiesbaden 1998, S. 312-323, S. 315.

verantwortungsloser Ignoranz abgestraft zu werden. Nicht nur am Umgang mit dem Problem Massenarbeitslosigkeit ließe sich dies im Einzelnen zeigen.

Wie kann Politik mit den abhängig-unabhängigen Individuen und mit den selbstgesteuerten-gestörten gesellschaftlichen Teilsystemen so umgehen, dass sie Akzeptanz findet statt Ablehnung und Verdrossenheit hervorzurufen?

Eine erste und einfache Schlussfolgerung lautet, dass Politik höchsten permanenten Erklärungsbedarf hat. Ihre Kommunikationsaufgaben wachsen ins kaum Bewältigbare, weil sie nicht nur erläutern muss, warum sie so und nicht anders handelt, sondern weil ihr Handeln selbst ebenso wie ihr Nichthandeln begründungspflichtig geworden sind.

Eine zweite Feststellung hätte daran zu erinnern, dass Politik im Unterschied zu allen anderen gesellschaftlichen Bereichen demokratisiert ist. Nur das politische Leben legitimiert sich durch öffentliche Meinungs- und Willensbildung. Zivilcourage und Toleranz, Respekt vor Minderheiten und Anerkennung von Mehrheiten sollen das Handeln der politischen Akteure auszeichnen. Diese demokratischen Tugenden sollen sie praktizieren in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem Konkurrenz vorherrscht, Ellenbogen eingesetzt und andere ausgestochen werden, jeder Vorteil genommen wird, der sich bietet.

Berufspolitiker/innen, die nicht nur *für* die Politik, sondern auch *von* der Politik leben, gehen ihrem Privatinteresse nach, indem sie sich dem Allgemeinwohl widmen. Hier deutet sich schon sprachlich Unheil an. Jeder Politiker, der in Verdacht gerät, an *sich* statt an *alle* zu denken, sieht sich der Frage nach seiner Vertrauens- und Glaubwürdigkeit ausgesetzt, womit ihm beruflich der Boden unter den Füßen praktisch schon weggezogen ist. Das Publikum, das seinerseits nicht selten mit der Mentalität eines autoritären Gebrauchtwagenhändlers seinen Alltag bestreitet, schwingt sich zu höchster Empörung auf, sobald es feststellt, dass die Händler des Allgemeinwohls ihren Geschäften auch nicht anders nachgehen als die meisten anderen Menschen.

Das ist kein Freibrief für unmoralische Politik, für Freiflüge nicht und für Gesetzesbruch schon gar nicht, sondern ein Plädoyer gegen die Überhöhung der politischen Moral, die regelmäßig mit der Erniedrigung der Politik endet. Es ist nur ein notwendiger Hinweis darauf, dass die Politik als demokratische Insel in einem Meer von Hierarchien, Tauschbeziehungen, rechtlichen, sozialen, finanziellen Abhängigkeiten und psychischen Bindungen von ständiger Überschwemmung bedroht ist. Solange ihre demokratische Verfassung ein gesamtgesellschaftliches Unikat bleibt, besteht für die Glaubwürdigkeit der Politik das dauerhafte Risiko, in der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit unter allgemeinem Skandalgeschrei unfeierlich bestattet zu werden.

Darin könnte sich die Politik einrichten nach dem bewährten Motto "Ist der Ruf erst ruiniert...", wären da nicht die hohen Kommunikationsleistungen, die sie zu erbringen hat. Kommunikation ohne Glaubwürdigkeit und Vertrauen ist ein Feuer ohne Brennstoff. Deshalb erwärmt uns die realexistierende Politik so wenig.

Folgt daraus etwas? Vieles, dieses bestimmt: Die Politik muss sich öffnen für die Fragen, denen sie ihr Dasein verdankt. Zunächst mit dem Gefühl, schließlich mit der festen Überzeugung, *so* nicht länger leben oder *es* nicht länger mit ansehen zu wollen, fängt alles an. Eine Idee, wie es anders *sein* könnte, ist der zweite, leichte Schritt. Eine Vorstellung zu entwickeln, wie es anders *werden* könnte, ist der dritte, und die gewünschte Veränderung praktisch durchzusetzen, ist der vierte, schwierigste Schritt. Zusammen bildet es Politik pur.

Nun fehlt es der modernen Gesellschaft bekanntlich nicht an Veränderungen. Im permanenten Doppelpass zwischen Technik und Markt vollzieht sich die Modernisierung der Moderne als laufender Verdrängungsprozess des Alten durch Neues. Wenn man an Rot-Grün

eine Erwartung haben durfte dann die, dass sie den Mut haben und Mut machen würden, die Technik und den Markt um die Politik als dritte Einflussgröße zu ergänzen; dass sich ihr Regierungsverständnis nicht darauf reduziert, der Technik und dem Markt freie Bahn zu schaffen, sondern dass sie erstens selbst diese Frage stellen und zweitens dazu ermuntern, dass sie in möglichst vielen Lebens- und Arbeitszusammenhängen von den Betroffenen gestellt wird: Wie wollen wir leben.

*Hier* scheint vor jeder Auseinandersetzung um Alternativen in der Sache der polarisierende Unterschied zu liegen, der einer neuen Politik Profil geben könnte: dass sie mehr Politik wagen will. Statt einer Politik der neuen Mitte gehört die neue Politisierung der Mitte auf die Tagesordnung unter dem Stichwort: Technik, Markt plus mehr Politik.

Um aus der Mitte der Gesellschaft heraus, nicht nur von ihren ausgegrenzten, depravierten Rändern her, politisch-emanzipatorische Veränderungsdynamik freizusetzen, muss eine schwer erfüllbare Voraussetzung gegeben sein: gute (Regierungs-)Politik. Im Unterschied zu schlechter erledigt gute Politik das Alltagsgeschäft nicht als Tagesaufgabe, befangen im engen Horizont nachholender Anpassung. Wenn der Routineanteil kleiner wird und Wiederholungen nur noch hinterherhinken, wenn Gewissheit vor allem auf Nichtwissen beruht und Sicherheit nicht mehr als das kleinere Risiko sein kann, dann muss Politik mit jedem Schritt, den sie macht, die Richtung aufzeigen, in die sie will, und die Orientierung begründen, die sie - hoffentlich - bietet. Und wehe, sie weiß es selbst nicht oder weiß es nicht zu kommunizieren.

Als die rot-grüne Regierung aufhörte, Politik im Kontext von Innovation und Gerechtigkeit zu interpretieren, als sie in ihrer Selbstdarstellung Politik auf Sparen an und für sich reduzierte und ihr - als dümmstes denkbare Markenzeichen in einer Multioptions-Gesellschaft - Alternativlosigkeit andichtete, war es so weit: Schröder schien nicht mehr zu helfen zu sein, bis der drohende finanzielle Bankrott eines Baukonzerns und der moralische Bankrott des politischen Gegners ihm aus dem Größten heraus halfen. Aber das darf es doch nicht gewesen sein, dass rot-grüner Erfolg nur in der Form fremden Misserfolgs auftritt.

Am Ende noch einmal mit anderen Worten: Die Politisierung der Mitte ist in der Vergangenheit gewöhnlich mit nationalistischen, fremdenfeindlichen, anti-emanzipatorischen Strategien geglückt oder richtiger: missraten. Vor solchen Wiederaufführungen wären wir am besten geschützt, wenn es gelänge, den Umbruch von der Industrie- zur Informationsgesellschaft mit einer politischen Gestaltungsoption zu verknüpfen: der entstandenen Veränderungsbereitschaft, die bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht, Freiheit und Gleichheit als sozial erneuerte politische Ziele zu setzen und sie in einer gemeinsamen politischen Auseinandersetzung zu konkretisieren und zu konzentrieren - auf die Demokratisierung der Arbeit, die Gleichstellung der Geschlechter und den Schutz der Umwelt. Anderen Vorschlägen wird mit Interesse entgegengesehen.